



**IGB/TUAC-AUSWERTUNG  
DES G20-GIPFELS IN CANNES  
3. und 4. NOVEMBER 2011**

## **Überblick**

1. Der G20-Gipfel in Cannes könnte als "eine Geschichte von zwei Gipfeln" beschrieben werden. Auf der einen Seite gab es einen Gipfel des Euroraums, der die Diskussionen auf höchster Ebene sowie die Schlagzeilen in der Presse beherrschte. Bei ihm ging es nahezu ausschließlich um die griechische Staatsschuldenkrise und ihr potenzielles Übergreifen auf Italien und andere Länder. Die politischen Ergebnisse dieses Gipfels implizieren weitere Sparmaßnahmen und Haushaltskürzungen für den Großteil des Euroraums.
2. Auf der anderen Seite gab es die Hintergrundagenda, auf der Wachstum und Arbeitsplätze, Reform des Weltwährungssystems, Lebensmittelpreise, Sozialschutz und Entwicklung standen, und in einigen dieser Fragen wurden zumindest auf dem Papier wichtige Fortschritte erzielt, einschließlich einer "Institutionalisierung" der Beteiligung der Sozialpartner am G20-Prozess. Bei dem Gipfel wurde zudem eine G20-Arbeitsgruppe für Beschäftigungsfragen mit Schwerpunkt auf Jugendbeschäftigung eingerichtet und der Auftrag an die IAO, die OECD, den IWF und die Weltbank erteilt, den Finanzministern der G20 über die globalen Beschäftigungsaussichten und die Auswirkungen des G20-Rahmenwerkes auf die Beschäftigung zu berichten.
3. Leider werden diese Ergebnisse jedoch weiterhin von den Ereignissen in den Tagen unmittelbar nach dem Gipfel überschattet. Die Regierungen Griechenlands und Italiens traten zurück und wurden von "Technokraten" abgelöst, mit dem ausdrücklichen Ziel, die Staatsfinanzen zu "reformieren", um die Anleihenmärkte zu stabilisieren. Die Renditespannen bei Staatsanleihen im Euroraum nehmen zum Zeitpunkt der Erstellung dieser Auswertung allerdings nach wie vor in alarmierender Weise zu. Die Folgen, die dies für arbeitende Familien in den Krisenländern und weit darüber hinaus hat, sind erheblich und bisher noch nicht in vollem Umfang abzusehen. Es ist jedoch offensichtlich, dass ein direkter Widerspruch zwischen den positiven Formulierungen in Bezug auf Beschäftigung, Wachstum und soziale Fragen in den Schlussdokumenten des Gipfels und den nach dem Gipfel in europäischen Ländern angekündigten weiteren Sparmaßnahmen besteht.
4. Der Gipfel verabschiedete ein vierseitiges [Kommuniqué](#) (*im Folgenden bezeichnet als K*), eine längere, aus zwölf Seiten bestehende Erklärung (*im Folgenden E*) sowie den Aktionsplan von Cannes für Wachstum und Arbeitsplätze (*im Folgenden APC*). Es gab zudem zehn Anhänge, darunter die Schlussfolgerungen der G20-Arbeitsminister vom September 2011 als Bezugspunkt für künftige G20-Treffen.

## Arbeitsplätze, Arbeitslosigkeit und die neue Arbeitsgruppe der G20

5. In den Schlussdokumenten der G20 finden sich deutlichere Verweise auf Fragen im Zusammenhang mit Arbeitsplätzen und Arbeitslosigkeit als in früheren G20-Kommuniqués. Dies spiegelt zum Teil die Lobbyarbeit der Gewerkschaften im Vorfeld des Gipfels und beim Gipfel selbst im Rahmen des Gewerkschaftsgipfels wider. Dadurch ähnelt die Erklärung von Cannes eher den Schlussfolgerungen der Gipfel von London und Pittsburgh im Jahr 2009 als denen von Toronto und Seoul 2010. Im ersten inhaltlichen Absatz des Schlusskommuniqués (K#2) heißt es, dass *"die globale Konjunkturerholung nachgelassen hat, vor allem in fortgeschrittenen Ländern, und die Arbeitslosigkeit auf einem inakzeptablen Stand verharrt."*<sup>1</sup> In einem ausführlichen Absatz (K#6) im ersten Hauptteil des Kommuniqués werden Beschäftigungsfragen behandelt, wobei es sich im Prinzip um eine Zusammenfassung des längeren Textes am Anfang der ausführlichen Abschlusserklärung handelt. Es heißt dort: *"Wir sind der festen Überzeugung, dass Beschäftigung und soziale Inklusion im Mittelpunkt unserer Maßnahmen und Strategien zur Wiederherstellung des Wachstums und des Vertrauens stehen müssen."* In der Erklärung stellen die Spitzen der G20 fest: *"Wir verpflichten uns zu erneuten Bemühungen um die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und die Förderung menschenwürdiger Arbeitsplätze, vor allem für Jugendliche und andere von der Wirtschaftskrise besonders stark Betroffene"* (E #3). Die G20 *"beschließt daher, eine G20-Arbeitsgruppe einzurichten, die sich prioritär mit Jugendbeschäftigung befassen wird"* (K#6). In der Erklärung heißt es, dass die Arbeitsgruppe *"mit Schwerpunkt auf Jugendbeschäftigung ... zur Tagung der Arbeits- und Beschäftigungsminister der G20 beitragen wird, die 2012 unter der mexikanischen Präsidentschaft stattfindet."* (E#3)

6. Die Staats- und Regierungschefs der G20 *"ermutigen die IAO zur weiteren Förderung der Ratifizierung und Umsetzung der acht Kernübereinkommen, die grundlegende Prinzipien und Rechte bei der Arbeit sichern"* (K#6), und sie verpflichten sich zudem selbst dazu, *"die uneingeschränkte Achtung der grundlegenden Prinzipien und Rechte bei der Arbeit zu fördern und sicherzustellen"* (E#5). Ein wichtiger Durchbruch für die Integration von Beschäftigungsfragen in den Prozess gegenseitiger Bewertungen innerhalb des G20-Rahmenwerkes könnte folgende Feststellung der Staats- und Regierungschefs sein: *"Wir haben verschiedene internationale Organisationen (IWF, OECD, IAO, Weltbank) beauftragt, den Finanzministern über die globalen Beschäftigungsaussichten und darüber zu berichten, wie unsere Wirtschaftsreformagenda innerhalb des G20-Rahmenwerkes zur Schaffung von Arbeitsplätzen beitragen wird"* (E#3). Dies sollte eine Gelegenheit bieten, um den Beschäftigungspakt der IAO im Rahmen der Wirtschaftsagenda voranzubringen. Dies sollte ferner ein Verfahren für die Entwicklung eines kohärenten Ansatzes bei den strukturpolitischen Empfehlungen der internationalen Wirtschaftsinstitutionen im Bereich des Arbeitsmarktes liefern, basierend auf der Agenda für menschenwürdige Arbeit und nicht auf deregulierten Arbeitsmärkten.

7. Die Staats- und Regierungschefs bekräftigen die Schlussfolgerungen der 2. Konferenz der Arbeits- und Beschäftigungsminister der G20 (Paris, September 2011) und *"bitten unsere Minister, sich im nächsten Jahr erneut zu treffen, um die bezüglich dieser Agenda erzielten Fortschritte zu prüfen"* (E#8). Die potenziell schwachen Schlussfolgerungen der Ministertagung werden auf diese Weise zu einem Bezugspunkt für die mexikanische Präsidentschaft.

---

<sup>1</sup> Es handelt sich bei den Zitaten jeweils um inoffizielle Übersetzungen. (Anm. d. Übers.)

## **Sozialer Basisschutz**

8. Im Kommuniqué der Staats- und Regierungschefs heißt es: *"Wir sind uns der Bedeutung eines den jeweiligen nationalen Umständen angepassten sozialen Basisschutzes in all unseren Ländern bewusst"* (K#6). In der Erklärung wird dies im Einklang mit der aus vier Teilen bestehenden Definition der IAO definiert: *"Zugang zu Gesundheitsversorgung, Einkommenssicherheit für ältere Menschen und Behinderte, Einkommenssicherheit für Kinder sowie für Arbeitslose und Unterstützung für die arbeitenden Armen"*, und es heißt, dass *"wir den Bericht der Beratungsgruppe für sozialen Basisschutz unter Vorsitz von Michelle Bachelet zur Kenntnis nehmen"* (E#4). Dies sollte ausreichend Unterstützung sein, um bei der Aussprache während der Internationalen Arbeitskonferenz im Juni 2012 ein erfolgreiches internationales Instrument zustande zu bringen. In den Dokumenten von Cannes wird eine internationale Finanzierung des Sozialschutzes nicht ausdrücklich erwähnt (obwohl die als Anhang beigefügten Schlussfolgerungen der Arbeitsministertagung von Paris diesbezügliche, wenn auch nur allgemeine Verweise enthalten), so dass nur die erneute generelle Verpflichtung zur Entwicklungshilfe als internationale Sozialschutzfinanzierung ausgelegt werden könnte.

## **Rolle der Gewerkschaften (L20) und der Wirtschaft (B20)**

9. Die Staats- und Regierungschefs stellen fest: *"Überzeugt von der unerlässlichen Rolle des sozialen Dialogs, begrüßen wir die Ergebnisse der B20 und der L20 sowie deren gemeinsame Erklärung"* (K#7). Dies bedeutet einen erheblichen Fortschritt, sowohl bezüglich der Parität von Gewerkschaften und Wirtschaft als auch hinsichtlich der Bedeutung, die den Sozialpartnerkonsultationen beigemessen wird, die in der Erklärung von Seoul lediglich am Ende erwähnt wurden. Im Hinblick auf die Forderung der Gewerkschaftsbewegung nach einem "Sitz am Tisch" bei der G20 wurde damit ein Schritt nach vorn getan.

## **Wirtschaftspolitik und "Aktionsplan für Wachstum und Arbeitsplätze"**

10. Zum Zeitpunkt des Gipfels hatten die wichtigsten internationalen Wirtschaftsorganisationen gerade ihre Wachstumsprognosen für die G20 nach unten korrigiert und festgestellt, dass die Arbeitslosigkeit in den OECD-Ländern im Jahr 2012 wieder ansteigen werde. Die politischen Entscheidungsträger stehen daher vor einem Dilemma: Einerseits werden Sparmaßnahmen von vielen für notwendig erachtet, um die öffentlichen Finanzen vor dem Hintergrund der Staatsschuldenkrise zu stabilisieren, vor allem in Europa, und andererseits ist es notwendig, das Wachstum wiederherzustellen, wenn nicht immer mehr europäische Länder in eine Schuldenfalle mit zurückgehendem Wachstum, steigender Arbeitslosigkeit und zunehmenden Defiziten geraten sollen. Dieses zentrale Dilemma spiegelt sich in dem Aktionsplan von Cannes für Wachstum und Arbeitsplätze wider, mit dem versucht wird, zwischen verschiedenen Gruppen von G20-Mitgliedern anhand ihrer Defizit-/Überschuss-Situation zu differenzieren. Der Aktionsplan basiert auf Analysen von IWF-Mitarbeitern.

11. Alle drei Gipfeldokumente (das Kommuniqué, die Erklärung und der *"Aktionsplan von Cannes (APC) für Wachstum und Arbeitsplätze"*) enthalten makroökonomische Empfehlungen, die sich zum Teil erheblich überschneiden. Letzteres Dokument, das von den Finanzministern der G20 vorbereitet wurde, enthält eine Reihe spezifischer Empfehlungen

für unterschiedliche Gruppen von G20-Mitgliedern und geht kurz auf Arbeitsmärkte ein, wobei *"aktive, flexible arbeitsmarktpolitische Maßnahmen und wirksame Arbeitsmarktinstitutionen, die Anreize für die Schaffung von mehr formellen und qualitativ hochwertigen Arbeitsplätzen beinhalten,"* befürwortet werden und zugesagt wird, *"die Mobilität zu fördern und zur Beteiligung anzuregen, einschließlich Steuer- und Sozialhilfereformen, um die Langzeitarbeitslosigkeit abzubauen und gegebenenfalls zur Beteiligung älterer Beschäftigter und Frauen anzuregen"* (APC S. 3, #3a).

12. Der Aktionsplan sieht eine *"Maßnahmenmischung zur Erreichung einer Konjunkturerholung"* vor (APC#2). Die Regierungen des Euroraums verpflichten sich, *"alle erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um für die Stabilität des Euroraums zu sorgen"*. Die Regierungen kündigten eine Ausweitung des Rettungsschirms EFSF auf eine Billion Euro an, konnten sich jedoch nicht darauf verständigen, wie dies finanziert werden soll. Griechenland solle einem *"rigorosen Anpassungsprogramm"* unterzogen und Italien vierteljährlich vom IWF überwacht werden. Insgesamt sehen die Empfehlungen für den Euroraum eher wie deflationäre Maßnahmen aus, mit denen das Vertrauen der internationalen Anleihenmärkte gewonnen werden soll.

13. Die USA haben kurzfristig öffentliche Investitionen, Steuerreformen und zielgerichtete Maßnahmen zur Schaffung von Arbeitsplätzen und mittelfristig eine Haushaltskonsolidierung zugesagt. Argentinien, Brasilien, Kanada, China, Deutschland, Korea und Indonesien verständigten sich darauf, *"automatische fiskalpolitische Stabilisatoren greifen"* zu lassen und *"falls sich die globalen Wirtschaftsbedingungen deutlich verschlechtern"*, Maßnahmen zu ergreifen, *"um die Binnennachfrage zu stützen"*. Die Schwellenländer mit Leistungsbilanzüberschüssen sagten zu, *"verstärkt auf ein von der Binnennachfrage getragenes Wachstum zuzusteuern"* (APC S. 2, #2g).

14. Mittelfristig wird die Empfehlung von Toronto wiederholt, die Defizite bis 2013 zu halbieren. China hat sich verpflichtet, *"die Nachfrage in Richtung auf den Binnenverbrauch wieder ins Gleichgewicht zu bringen, indem Maßnahmen ergriffen werden, um die sozialen Sicherheitsnetze auszubauen, die Haushaltseinkommen zu erhöhen und das Wirtschaftswachstumsmodell umzugestalten,"* und *"eine größere Wechselkursflexibilität zu fördern"* (APC S. 3, #2c).

15. Insgesamt bleibt der Aktionsplan erheblich hinter der Forderung von Global Unions nach abgestimmten Maßnahmen zur Ankurbelung der Weltwirtschaft zurück, ist jedoch differenzierter als die G20-Forderung von Toronto nach einem Defizitabbau. Trotz der positiven Verweise auf die Beschäftigung in der Gipfelerklärung ist allerdings nur schwer erkennbar, wie dies vor dem Hintergrund weiterer Sparmaßnahmen im Großteil des Euroraums und auf politischer Ebene blockierter Stimulierungsmaßnahmen in den USA erreicht werden soll. Die Forderungen nach möglichen kurzfristigen Maßnahmen zur Ankurbelung der Nachfrage in einer Reihe anderer G20-Länder, u.a. in Deutschland, erfordern umgehende Maßnahmen.

### **Finanztransaktionssteuer**

16. Dieses Thema wird im Rahmen der Verweise auf den Bericht über Entwicklungsfinanzierung behandelt, um den Präsident Sarkozy Bill Gates gebeten hat und wozu die Staats- und Regierungschefs Folgendes feststellen: *"Wir nehmen die Initiativen in einigen unserer Länder zur Besteuerung des Finanzsektors für verschiedene Zwecke zur*

*Kenntnis, einschließlich einer Finanztransaktionssteuer, mit der u.a. die Entwicklung gefördert werden soll"* (K#28 – identische Formulierung in E#82). Angeblich war dies am Ende des Gipfels der letzte Satz, über den im Kommuniké verhandelt wurde, und es hieß, dass Frankreich auf eine deutlichere Formulierung gedrängt und die Absicht gehabt habe, mit anderen Ländern eine Art "Pionier-Initiative" zugunsten einer Finanztransaktionssteuer anzukündigen, dass dies jedoch einer der Bereiche gewesen sei, der dem Zeitmangel aufgrund der Griechenland-Krise zum Opfer gefallen ist. Eine Reihe von Ländern, die sich bis dahin nicht zu einer Finanztransaktionssteuer geäußert hatten bzw. die dagegen gewesen waren, haben sich auf dem Gipfel positiver dazu geäußert, darunter Südafrika, Brasilien und Argentinien. Auf einer Pressekonferenz zum Abschluss des Gipfels kündigte Präsident Sarkozy an, dass sich mehrere Länder bereit erklärt hätten, gemeinsam mit Frankreich an der Einführung einer Finanztransaktionssteuer im Jahr 2012 zu arbeiten. Im G20-Anhang zum Thema *"Innovative Entwicklungsfinanzierung und Klima"* heißt es bezüglich einer Finanztransaktionssteuer, dass *"verschiedene Berichte deren technische Realisierbarkeit bereits bestätigt haben (IWF, Hochrangige Beratergruppe zur Frage der Finanzierung des Klimawandels, Gates-Bericht, Pilotgruppe für innovative Entwicklungsfinanzierung)"*.

### **Finanzmarktregulierung**

17. Die Spitzen der G20 haben die Umsetzung des Aktionsplans durch den Finanzstabilitätsrat (FSB) zwar befürwortet, aber keine neuen Impulse dazu gegeben. Angesichts der Verzögerungen bei der Umsetzung<sup>2</sup> und der äußerst gemäßigten Ambitionen des Plans ist Skepsis angebracht, wenn die Staats- und Regierungschefs der G20 erklären, dass sie *"eine Rückkehr zu den vor der Krise an den Tag gelegten Verhaltensweisen nicht zulassen werden"* (K#15). Die G20 hat sich auf eine Liste der Banken verständigt, die als global systemrelevante Finanzinstitute (G-SIFIs) betrachtet werden und deren Regulierung und Beaufsichtigung im Aktionsplan des FSB höchste Priorität eingeräumt wird (K#13). Die auf der Internetseite des FSB<sup>3</sup> veröffentlichte Liste der 29 G-SIFIs (darunter eine Mehrheit US-amerikanischer und europäischer Banken) soll jährlich überprüft werden und sollte durch separate Listen für Versicherungsgesellschaften bzw. für Institute aus dem *"Nichtbankensektor"* (d.h. Hedgefonds) ergänzt werden (E#29). Die G20 geht davon aus, dass die Maßnahmen des FSB ausreichen werden, um zu verhindern, dass ein Finanzinstitut als *"zu groß zum Scheitern"* betrachtet wird und um *"die Steuerzahler davor zu bewahren, für die Kosten einer Lösung aufkommen zu müssen"* (K#13 & E#28). Auch hier sind Zweifel angebracht. Auf Maßnahmen, mit denen große Finanzkonglomerate in wirksamer Weise verkleinert würden, wird in den Erklärungen von Cannes nicht eingegangen. Es findet sich keinerlei Hinweis auf strukturelle Maßnahmen wie die obligatorische Trennung von Geschäftsbankenaktivitäten und Investmentbanking oder auf eine stabilitätsorientierte Besteuerung, und obwohl die Finanztransaktionssteuer erwähnt wird, erfolgt dies in dem Abschnitt zur Entwicklung und nicht in den Absätzen zur Finanzmarktregulierung.

18. Die G20 wiederholt ihre früheren Verpflichtungen zur Verlagerung aller außerbörslich (OTC) gehandelten standardisierten Derivate an organisierte Börsen sowie zu einer strengeren Regulierung der verbleibenden nicht standardisierten OTC-Derivate (E#24). Sie räumt ein, dass es nach wie vor *"Hindernisse"* bei der Umsetzung der FSB-Prinzipien für die Vergütung von Bankern und Händlern gibt und beauftragt den FSB, *"zusätzliche Richtlinien"* für die Definition *"wesentlicher Risikonehmer"* (d.h. Händler) auszuarbeiten (E#25). Die

<sup>2</sup> Vgl. "Status report", vorbereitet vom FSB-Sekretariat

[http://www.financialstabilityboard.org/publications/r\\_111104hh.pdf](http://www.financialstabilityboard.org/publications/r_111104hh.pdf)

<sup>3</sup> [http://www.financialstabilityboard.org/publications/r\\_111104bb.pdf](http://www.financialstabilityboard.org/publications/r_111104bb.pdf)

Vorschläge des FSB zur Regulierung des Schattenbankensystems – der außerbilanziellen Bankgeschäfte und privater Kapitalpools – werden hervorgehoben (K#14 & E#30). Darüber hinaus verpflichtet sich die G20 zur Auseinandersetzung mit den *"Risiken des Hochfrequenzhandels"* und zur *"Evaluierung der Funktionsweise der Märkte für Kreditausfallversicherungen, die sogenannten Credit Default Swaps"* (K#14 & E#31). All diese Maßnahmen werden begrüßt. Die G20 hat es jedoch versäumt, die Gefahren kurzfristiger Finanzspekulationen in irgendeiner Weise zur Kenntnis zu nehmen. Dies steht im Widerspruch zu den Passagen bezüglich Landwirtschaft und Nahrungssicherheit, in denen es heißt, dass die Aufsichtsbehörden der Rohstoffmärkte das Recht erhalten sollen, *"Positionsgrenzen"* für die Geldbeträge festzulegen, die die Händler jederzeit investieren können (K#18 & E#32) – eine Maßnahme, die eindeutig darauf abzielt, kurzfristige Geschäfte einzudämmen.

19. Die Spitzen der G20 begrüßen die OECD/FSB-Prinzipien für finanziellen Verbraucherschutz und schlagen vor, *"bei Bedarf"* weitere Richtlinien auszuarbeiten (E#33) – was angesichts der schwachen Auflagen in den OECD-Prinzipien sehr wohl der Fall sein könnte. Die G20 fordert zudem die Inkraftsetzung der FSB-Prinzipien für die *"Verminderung der Abhängigkeit"* von Ratingagenturen (E#26), führt dies jedoch nicht weiter aus. Schließlich erklärt sich die G20 bereit, den FSB zu reformieren, indem ihm u.a. eine Rechtspersönlichkeit verliehen und eine größere finanzielle Autonomie zugestanden wird (K#16 & E#37-39). Zu der Erwünschtheit eines Dialogs mit den Gewerkschaften oder anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen wird jedoch nichts gesagt.

### **Kampf gegen Steueroasen**

20. Im Zusammenhang mit Steueroasen (K#15 & E#35) gehen die Spitzen der G20 nicht auf die vom Globalen Forum der OECD geführte "graue Liste" unkooperativer Länder ein, die erstmals beim Gipfel im April 2009 in London veröffentlicht wurde, und das aus gutem Grund: Die Auflagen der OECD ermöglichen es jeder Steueroase, sich der Liste zu entziehen, solange zwölf bilaterale Abkommen über einen Informationsaustausch mit anderen Ländern (inklusive anderer Steuerparadiese) abgeschlossen werden. Aus diesem Grund stehen gegenwärtig lediglich vier Länder auf der grauen Liste. Der G20-Text ist auch im Hinblick auf den Übergang zu einem automatischen Informationsaustausch enttäuschend (die derzeitigen OECD-Normen erfordern einen Austausch lediglich *"auf Anfrage"*): In dem Text heißt es, dass ein solcher Übergang *"freiwillig"* und *"bei Bedarf"* erfolgen solle. Andererseits greift die Erklärung elf Finanzplätze heraus, in denen selbst bei der Umsetzung der geltenden OECD-Normen (d.h. Austausch auf Anfrage) nicht die notwendigen Fortschritte erzielt würden. Die G20 bestätigt die FATF-Liste der Länder, in denen die Maßnahmen zur Bekämpfung von Geldwäsche *"strategische Mängel"* aufweisen (E#36). Die OECD hat in Cannes ein multilaterales Abkommen über eine Zusammenarbeit in Steuerfragen abgeschlossen, das nationale Steuerabkommen in einen multilateralen Kontext einordnet. Die Wirkung dieses Abkommens wird zu bewerten sein.

### **Klimawandel und nachhaltige Entwicklung**

21. Die Formulierungen von Cannes sind etwas schwächer als die der G20-Gipfel vor den Konferenzen in Kopenhagen und Cancún ausgefallen. Gefordert werden der *"Erfolg"* der COP17 sowie *"weitere Fortschritte in allen Verhandlungsbereichen, einschließlich der Konkretisierung des Green Climate Fund, als Bestandteil eines ausgewogenen Ergebnisses in Durban"* (K#21). Es heißt, dass *"ineffiziente Subventionen fossiler Brennstoffe, die einen*

*verschwenderischen Verbrauch fördern, auslaufen sollten, während zielgerichtete Unterstützung für die Ärmsten gewährt wird"* (K#20).

22. Die Erklärung – nicht jedoch das Kommuniqué – geht zudem auf die Rio+20-Konferenz ein (Rio de Janeiro, 20. – 22. Juni 2012). Wichtig ist, dass die Schaffung von Arbeitsplätzen und der Abbau der Armut ausdrücklich als Schlüsselthemen für Rio+20 erwähnt werden (E#60).

### **Handel und Entwicklung**

23. Das Kommuniqué spiegelt die Pattsituation bei den laufenden multilateralen Handelsverhandlungen wider. Die G20 erklärt dazu ohne Umschweife: *"Wir werden die Doha-Entwicklungsagenda nicht abschließen, wenn wir die Verhandlungen so fortsetzen, wie wir es in der Vergangenheit getan haben"* (K#23). Von der 8. WTO-Ministerkonferenz im Dezember 2012 wird gefordert, dass sie sich um Fortschritte hinsichtlich der am wenigsten entwickelten Länder und der verbleibenden Elemente des Auftrags der Doha-Entwicklungsagenda bemüht, *"wo dies Früchte tragen kann"* (eine etwas halbherzige Formulierung), damit bis zum Gipfel in Mexiko Bericht erstattet werden kann.

24. Zum Thema Entwicklung erklärt die G20 neben den bereits erwähnten Fragen im Zusammenhang mit der Finanztransaktionssteuer, dass *"die von den Industrieländern gemachten Hilfszusagen eingehalten werden sollten"* (K#28), wie wichtig speziell die Infrastruktur sei (K#27) und dass *"im Laufe der Zeit neue Finanzierungsquellen gefunden werden müssen, um den Entwicklungsbedürfnissen und dem Klimawandel gerecht zu werden"*, wobei wie erwähnt auf den Gates-Bericht verwiesen wird (K#28). Die G20 befürwortet verschiedene Maßnahmen zur Verbesserung der Produktivität in der Landwirtschaft und zur Verringerung der Volatilität der Lebensmittelpreise (K#19). Die Staats- und Regierungschefs begrüßen *"das in Busan anstehende 4. Hochrangige Forum zur Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit"*, in dem sie *"eine Gelegenheit für eine integrativere Partnerschaft"* in diesem Bereich sehen (E#83).

### **Governance**

25. Die Staats- und Regierungschefs der G20 erklären: *"Wir fordern die internationalen Organisationen, insbesondere die UNO, die WTO, die IAO, die Weltbank, den IWF und die OECD auf, den Dialog und die Zusammenarbeit untereinander zu verbessern, auch bezüglich der sozialen Auswirkungen wirtschaftspolitischer Maßnahmen, und sich stärker abzustimmen"* (K#31, mit einer ähnlichen Formulierung in E#6). Die Erwähnung sozialer Auswirkungen wirtschaftspolitischer Maßnahmen sollte der IAO eine Gelegenheit bieten, um die Maßnahmen des IWF und der Europäischen Kommission in von der Krise betroffenen Ländern zu prüfen und zu bewerten.

26. Ein Bericht des britischen Premiers David Cameron zum Thema "Global Governance" wird begrüßt (K#30), und die Arbeit der G20 zur Korruptionsbekämpfung wird erwähnt (K#29).

27. Die Gastgeber der nächsten G20-Gipfel wurden bestätigt: Mexiko 2012, Russland 2013, Australien 2014 und die Türkei 2015. Danach gilt für die G20-Präsidentschaft ein regionales Rotationsverfahren, wobei Asien den Anfang macht (K#31).

